



Bezirkshauptmannschaft Hartberg-Fürstenfeld

Lechner Imbiss KG
Raimund-Obendrauf-Straße 61
8230 Hartberg

Bearb.: Mag. Peter Bubik
Tel.: +43 (3332) 606-220
Fax: +43 (3332) 606-550
E-Mail: bhhf-anlagenreferat@stmk.gv.at

Bei Antwortschreiben bitte
Geschäftszeichen (GZ) anführen

GZ: BHHF-28853/2017-2

Hartberg, am 28.03.2017

Ggst.: Lechner Imbiss KG
Raimund-Obendrauf-Straße 61, 8230 Hartberg
Errichtung einer Imbissstube, Aufstellung eines Containers mit
Kühlraum und Aggregat, Lagerbox für Propangasbehältern,
Abstellflächen für 12 PKW's
gewerberechtliche Genehmigung;

Öffentliche Kundmachung

einer mündlichen Verhandlung am

Montag, dem 10. April 2017 um 10:00 Uhr.

Treffpunkt der Verhandlungsteilnehmer: an Ort und Stelle

Die Lechner Imbiss KG hat folgendes Ansuchen bei der Bezirkshauptmannschaft Hartberg-Fürstenfeld gestellt:

Gewerberechtliche Genehmigung

für die Errichtung und den Betrieb folgender Betriebsanlage:

Lage der Anlage: Grundstück Nr. 523/16, KG. Ungarvorstadt, Gemeinde Hartberg

Kurzbeschreibung des Projektes:

Bauliche Anlagen:

Errichtung einer Imbissstube

Imbissstube, Kühlcontainer, Einfriedung, Lagerbox für Propangasbehälter

Außenanlagen:

Abstellflächen für 12 PKW's, Geländeänderungen

Maschinelle Anlagen:

Aufstellung eines Containers mit Kühlraum und Aggregat, Flüssiggasanlage

8230 Hartberg • Rochusplatz 2

Montag bis Donnerstag von 8:00 bis 15:00 Uhr und Freitag von 8:00 bis 12:30 Uhr

DVR 0077941 • UID ATU37001007

Steiermärkische Bank und Sparkassen AG: IBAN AT312081518200180000 • BIC STSPAT2G

<u>Heizungsanlage:</u>	Elektroheizung
<u>Betriebszeiten:</u>	Mo – Sa 09:00 – 24:00 Uhr Im Außenbereich von Mo – Sa 09:00 – 22:00 Uhr
<u>Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer:</u>	2
<u>Gesamtzahl</u> der motorischen Leistung die zum Antrieb der Maschinen notwendig ist	< 20 kW

Rechtsgrundlagen:

⇒ Gewerbeordnung - GewO 1994, BGBl.Nr. 194/1994, i.d.g.F.: §§ 74, 77, 356,

Sonstige Rechtsgrundlagen:

⇒ Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz - AVG 1991, BGBl.Nr. 51/1991, i.d.g.F.: §§ 40 bis 44 und 54

⇒ Arbeitnehmerschutzgesetz - ASchG 1994, BGBl.Nr. 450/1994, i.d.g.F.: § 93, § 94

Hinweise:

Sie können an dieser Verhandlung teilnehmen, eine Verpflichtung dazu besteht jedoch nicht.

Zweck der Verhandlung ist es festzustellen, ob und in welcher Form das vom Antragsteller eingereichte Projekt behördlich genehmigt wird.

Wenn Sie glauben, durch dieses Projekt in einer Ihrer **Schutzinteressen** beeinträchtigt zu sein, ist es für Sie wichtig, dass Sie rechtzeitig Ihre **Einwendungen** dagegen erheben.

Schutzinteressen sind im gewerbebehördlichen Verfahren:

- Schutz des Lebens und der Gesundheit
- Schutz des Eigentums
- Schutz vor unzumutbaren Belästigungen (z.B. durch Lärm, Schadstoffe etc.)

Einwendungen müssen entweder bei der Augenscheinsverhandlung mündlich erhoben werden, oder, wenn sie schriftlich verfasst werden, spätestens am Tag vor der Verhandlung bei der Bezirkshauptmannschaft Hartberg-Fürstenfeld einlangen. Wenn Sie keine Einwendungen erheben, verlieren Sie die Parteistellung.

Bitte beachten Sie, dass Sie sich in der mündlichen Verhandlung nachträgliche Einwendungen nicht vorbehalten können (§ 42 AVG 1991).

Sie können sich in diesem Verfahren auch vertreten lassen. Ihr **Vertreter** muss dazu von Ihnen **bevollmächtigt** werden.

Das ist nicht erforderlich bei:

- ⇒ Rechtsanwälten und Notaren,
- ⇒ amtsbekannten Familienmitgliedern oder Mitarbeitern.

Bitte bringen Sie Ihre Kundmachung als Nachweis mit.

In die Projektsunterlagen kann bis zum Tag vor der Verhandlung während der Zeiten des Parteienverkehrs (Montag bis Freitag von 08.00 bis 12.30 Uhr) bei der Bezirkshauptmannschaft Hartberg-Fürstenfeld Einsicht genommen werden.

Als Antragsteller beachten Sie bitte, dass die Verhandlung in Ihrer Abwesenheit durchgeführt oder auf Ihre Kosten vertagt werden kann, wenn Sie die Verhandlung versäumen (Ihr Vertreter diese versäumt). Wenn Sie aus wichtigen Gründen - z.B. Krankheit oder Urlaubsreise - nicht kommen können, teilen Sie uns dies sofort mit, damit wir allenfalls den Termin verschieben können.

Als Nachbar können Sie von Ihrem Anhörungsrecht **im gewerblichen Betriebsanlagenverfahren** schriftlich vom Anschlag dieser Kundmachung **bis zum 07.04.2017** Gebrauch machen oder an der Verhandlung teilnehmen. Nur fristgerechte Stellungnahmen können im Verfahren berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Peter Bubik
(elektronisch gefertigt)